

Trasse: Der Frust regiert

Bürgergespräch zur Stromleitung offenbarte große Unsicherheiten

Die Stimmung im Karl-Leisner-Haus war schlecht. Die Netzentwickler würden ihre Sorgen nicht ernst nehmen, sagten Anwesende.

VON GEORG MEYER

Essen. Bei der Planung der neuen Stromleitung fühlen sich viele Betroffene in der Gemeinde Essen übergangen. Das wurde während eines Bürgergesprächs im Karl-Leisner-Haus deutlich. Im Mittelpunkt der Kritik standen die beiden Netzentwickler Tennet und Amprion.

An dem einstündigen Austausch nahmen auch die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Silvia Breher (Löningen) und der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Eilers (Cappeln) teil. Breher berichtete über ihre letztlich vergeblichen Bemühungen, Tennet den Bau sogenannter Kompaktmasten schmackhaft zu machen. Nachdem sämtliche Hindernisse aus dem Weg geräumt worden seien und sogar Bundeswirtschaftsminister Peter

Altmaier das Vorhaben unterstützte, habe das Unternehmen kurzerhand seine Zusage zurückgezogen. Breher hatte Tennet daraufhin Wortbruch vorgeworfen (MT berichtete) und betonte in Essen nochmals, sich nicht mit der Entscheidung abfinden zu wollen. Rechtlich habe aber nicht einmal die Bundesregierung eine Handhabe gegen das Vorgehen der Niederländer. „Sie sind die Bauherren und können über den Mastentyp allein entscheiden.“ Das wäre zurzeit der sogenannte Donaumast, ein bis zu 70 Meter hohes Gittergerüst mit weiten Auslegern. Die Frage, warum der Netzentwickler diesen Mast bevorzugt, beantwortete Moderator Friedrich Hillen. Er berichtete über sein Gespräch mit einem Tennet-Mitarbeiter: „Sie haben bereits eine Aufrüstung im Hinterkopf.“ Offen zugeben würde das bei Tennet aber niemand. „Das ist schon ein Stück Frechheit“, empörte sich Hillen.

Die Tennet-Pläne sehen weitgehend eine Freileitung durch den Landkreis vor. Nur ein kurzer Abschnitt bei Beverbruch soll erdverkabelt werden. Geplant

sind auch zwei Umspannwerke bei Garrel und in Nutteln. Von dortaus soll die Leitung durch die Gemeinden Lastrup und Essen in den Süden laufen. An der Kreisgrenze wird das Kabel erneut in die Erde wechseln. Die Übergabestation könnte noch auf Essener Seite gebaut werden müssen, bestätigte Bürgermeister Heiner Kreßmann. Eine Entscheidung darüber stehe aus.

Eilers plädiert für neue technische Lösungen

Das Verfahren befindet sich zurzeit in der sogenannten Planfeststellung. In diesem Prozedere wird über den genauen Standort jedes einzelnen Mastes entschieden. Die Korridore waren zuvor in zwei Raumordnungsverfahren festgelegt worden. Auch Bürger und Kommunen hatten dazu ihre Stellungnahmen abgeben können. An der Ernsthaftigkeit der Bürgerbeteiligung hegte die Besucher im Pfarrheim allerdings ihre Zweifel. Von „Alibiveranstal-



Haben Erfahrung mit Tennet und Co.: Silvia Breher und Christoph Eilers sprachen in Essen. Foto: gy

tungen“ und „Einullen“ war die Rede. Christian Pohlmann-Geers, der eine Bürgerinitiative in Ankum vertritt, riet den Essenern, Tennet „genau auf die Finger“ zu schauen. „Denn diese verfolgt nur ihre eigenen Interessen.“ Der Ankumer sagte, er habe ähnliche Erfahrungen mit Amprion gemacht – die Firma ist für den Netzausbau im Landkreis Osnabrück zuständig. „Sie tun nur das, was sie müssen.“ Zurzeit kämpft die Bürgerinitiative gegen die Festlegung von Merzen als Endpunkt der Trasse. Auch dort soll ein Umspannwerk gebaut werden. Die Wahl Merzen sei entscheidend für den gesamten Leitungsverlauf, sagte Pohlmann-Geers. Seine Initiative

sei bereit, mit einer Klage bis vor das Bundesverwaltungsgericht zuziehen.

Von der Situation in Cappeln berichtete Christoph Eilers. Dort werde die neue Leitung in einigen Jahren die gesamte Gemeinde durchschneiden, bedauerte er. Über den genauen Routenverlauf werde noch gestritten – inzwischen auch zwischen Dörfem. Eilers sprach sich für die schnelle Prüfung neuer technischer Alternativen zur Freileitung aus. Die Zeit dränge. „In fünf Jahren wird es für uns zu spät sein.“

Nicht ernst genommen fühlen sich die Betroffenen auch in der Entschädigungsfrage. Ihrer Forderung, den Flächenverlust

durch Masten mit jährlich wiederkehrenden Zahlungen auszugleichen, dürfte wohl nicht stattgegeben werden. „Das ist politisch nicht mehrheitsfähig“, bestätigte Silvia Breher. Die Bundestagsabgeordnete hat sich in der Auseinandersetzung zwar auf die Seite der Betroffenen geschlagen, macht in Berlin aber auch andere Erfahrungen. „Da sagen mir dann Jugendliche, das mit dem Netzausbau könne doch wohl nicht so schwer sein. Ich solle den Leuten vor Ort sagen, dass die Trassen sofort gebaut werden müssen.“

Für Abstandsregeln würden sich die jungen Klimaaktivisten dagegen nicht sonderlich interessieren.